

Belarus-Russland: Wohin führen die aktuellen Spannungen?

Wie so oft streiten sich Belarus und Russland über die Bedingungen ihrer besonderen Beziehung. Allerdings haben die geopolitische Lage und das Ölsteuermanöver Russlands die Spannungen verschärft, wodurch grundlegende Widersprüche zwischen den Nachbarn verstärkt zu Tage treten. Die belarussisch-russischen Beziehungen steuern auf schwierige Zeiten zu. Ihre Zukunft hängt davon ab, ob es Minsk und Moskau gelingt, in der neuen geopolitischen Realität ein für beide Seiten vorteilhaftes Bündnismodell zu finden.

Die gleiche alte Geschichte?

Belarus und Russland sind formell seit Mitte der 1990er Jahre verbündet. Im Jahr 1999 schlossen die beiden Länder den Vertrag zur Gründung des Unionsstaates Belarus und Russland, der zum Höhepunkt ihrer bilateralen Integration wurde. Dem Vertrag zufolge sollten beide Staaten souverän bleiben, gleichzeitig aber bestimmte Bereiche ihrer Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik eng koordinieren bzw. sogar vereinheitlichen. So sah das Dokument die Schaffung einer gemeinsamen Währung und die Angleichung der künftigen Zoll- und Währungspolitik vor.

Zwanzig Jahre später bleiben Belarus und Russland Verbündete, obwohl viele Elemente des Unionsstaatsvertrags nie umgesetzt wurden. Im Jahr 2015 starteten die beiden Länder zusammen mit Kasachstan, Armenien und Kirgisistan ein weiteres ehrgeiziges Integrationsprojekt – die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die den Unionsstaat gewissermaßen überschattete und dessen Idee in den Hintergrund treten ließ.

Trotz der engen Zusammenarbeit waren die belarussisch-russischen Beziehungen sowohl im bilateralen als auch im multilateralen Rahmen nie völlig reibungs- und problemlos. Vor diesem Hintergrund sind die Spannungen der letzten Monate nichts Neues. Wie schon viele Male zuvor streiten sich Minsk und Moskau über die Bedingungen ihres Bündnisses, wobei jede Seite versucht, sich die bestmöglichen Konditionen zu sichern.

Dennoch ist es nicht genau dieselbe alte Geschichte, die wir aktuell sehen. Die Geopolitik fügt ihr einen wichtigen neuen Aspekt hinzu. Durch die zunehmende politische Eskalation zwischen Russland und dem Westen verschärft sich ein grundlegender Widerspruch zwischen Minsk und Moskau – nämlich ihr unterschiedliches Verständnis, was es bedeutet, Verbündete zu sein. Russische Eliten neigen dazu, unilateral Entscheidungen zu treffen, ohne ihre Verbündeten zu konsultieren oder zumindest zu benachrichtigen, und erwarten dann, dass letztere diese Entscheidungen voll unterstützen. Beispiele dafür sind die Entscheidung über die Aneignung der Krim und die Einführung von wirtschaft-

lichen Gegensanktionen gegen Georgien, Moldau, Ukraine und den Westen. Minsk ist der Ansicht, dass es bei jedem Bündnis darum geht, bestimmte Entscheidungen nicht nur gemeinsam umzusetzen, sondern diese Entscheidungen zuerst einmal gemeinsam zu treffen. Wenn Moskau unilaterale Schritte unternimmt, können seine Verbündeten sie nur so lange unterstützen, wie es die eigenen Interessen erlauben.

Dieser Widerspruch hat die bilateralen Beziehungen seit 2014 belastet, als der russisch-ukrainische Konflikt ausbrach und sich zu einer geopolitischen Konfrontation entwickelte. Belarus vertrat im Konflikt eine neutrale Position und weigerte sich, den neuen Status der Krim anzuerkennen. Es bot sich darüber hinaus als neutraler Boden für Friedensgespräche an und lehnte russische Forderung nach einem Militärflughafen ab.

Je mehr sich die Beziehungen Russlands zum Westen verschlechterten, desto deutlicher wurden die Befürworter einer härteren Gangart gegenüber Belarus in Moskau. Ihrer Ansicht nach muss sich Minsk in internationalen Angelegenheiten mit Russland verbünden, sonst würde es wirtschaftliche Vorteile verlieren. Verschiedene russische Geschäftskreise haben dieses Argument schnell genutzt, um belarussische Firmen aus dem russischen Markt zu drängen.

Es war nur eine Frage der Zeit, bis diese Dynamik zu einem großen politischen Streit führt. Daher ist es auch nicht überraschend, dass der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew Ende 2018 erklärte, Moskau werde seine zukünftigen Beziehungen zu Belarus davon abhängig machen, ob Minsk einer tieferen Integration im Unionsstaat zustimmt. Nicht weniger überraschend sah Minsk dies als Versuch, die belarussische Souveränität einzuschränken, was es nicht akzeptieren kann.

Das Ölsteuermanöver Russlands

Neben der Geopolitik war das Ölsteuermanöver ein weiterer Katalysator der Spannungen, da Belarus dadurch erhebliche Einnahmen verliert. Minsk schätzt, dass es bereits 3,6 Mrd. USD verloren hat und weitere kumulierte Verlusten von etwa 10,6 Mrd. USD bis 2025 erleidet. Vor allem aber offenbart die russische Reform einen weiteren Widerspruch zwischen den Verbündeten und untergräbt letztendlich die Motivation für Minsk, sich wirtschaftlichen Integrationsprojekten Russlands anzuschließen. Die russische Regierung ist der Auffassung, dass der Hauptvorteil, den sie Belarus für eine engere Integration gewährt, in verbilligten Preisen von Öl und Gas im Vergleich zu Weltmarktpreisen liegt. Obwohl belarussische Raffinerien davon tatsächlich stark profitieren, ist dies nicht das zentrale Motiv von Minsk. Bedeutender ist das Ziel, dass belarussische

Firmen die gleichen Preise wie russische zahlen. Die Logik ist einfach: Russland ist der wichtigste Wirtschaftspartner des Landes. Wenn belarussische Firmen in einem gemeinsamen Markt Energie zu höheren Preisen als ihre russischen Konkurrenten beziehen, ist dies eine Bedrohung für die wirtschaftliche Sicherheit von Belarus, die a priori die bilaterale und multilaterale Integration bedeutungslos macht.

Daher hat Belarus seine Mitgliedschaft in der EAWU von der Schaffung gemeinsamer Öl- und Gasmärkte abhängig gemacht; das belarussische Parlament hat diesbezüglich eine besondere Erklärung abgegeben. Moskau bestand darauf, dass diese Märkte ab 2025 funktionieren, was Minsk mit dem Verständnis akzeptierte, dass bis dahin die derzeitigen Preiskonditionen bestehen bleiben. Trotzdem hat Russland begonnen, das Steuermanöver einseitig umzusetzen, was zu einer graduellen Reduktion der Ölexportabgaben von 30% auf 0% führen wird. Parallel und proportional steigt dabei die Mineralextraktionssteuer. Das Problem besteht jedoch darin, dass Russland seinen eigenen Raffinerien Kompensationen anbietet, um deren Verluste auszugleichen, was den Wettbewerb in der EAWU verzerrt.

Als Antwort auf das Argument von Minsk, dass dies der Grundidee der EAWU widerspricht, argumentiert Russland, dass das Manöver eine innere Angelegenheit sei; und bietet Belarus erneut eine tiefere Integration an, wenn es bessere Bedingungen wünscht. Es ist unnötig zu erwähnen, dass dieser Vorschlag in Minsk nur zusätzliches Misstrauen hinsichtlich der wahren Absichten Russlands verursacht. In Belarus wächst das Gefühl, dass Moskau die Verpflichtung des EAWU-Vertrags zur Schaffung gemeinsamer Öl- und Gasmärkte niemals erfüllen wird. Wenn dem so ist, warum sollte Belarus neue Zugeständnisse machen?

Ausblick

Im Wesentlichen streiten sich Minsk und Moskau über die Grundlagen ihres Bündnisses in einer neuen geopolitischen Realität. Strategisch sind beide Staaten daran interessiert, ihre besonderen Beziehungen zu bewahren – diese beginnen sich aber zu verändern.

Nach dem Ultimatum von Dmitri Medwedew – wie einige Kommentatoren es bezeichnen – haben beide Seiten Vorschläge zur Vertiefung der bilateralen Integration im Unionsstaat vorgelegt. Im Vertrag von 1999 wurde die Gleichheit der beiden souveränen Staaten als Schlüsselprinzip der Integration hervorgehoben, die nach wie vor für Belarus prioritär ist. Daher wird Minsk nichts dagegen haben, zum ursprünglichen Vertrag als Grundlage für weitere Gespräche zurückzukehren. Moskau scheint jedoch nicht bereit zu sein, einer echten Gleichheit bei der Entscheidungsfindung zuzustimmen, die seit jeher der Hauptstolperstein bei der tieferen Integration, nicht nur mit Belarus, sondern auch mit anderen postsowjetischen Staaten war. Darüber hinaus

hat Russland in den letzten Jahren sowohl in wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht seine Abhängigkeit von Belarus verringert. Insbesondere die Modernisierung der russischen Armee und die Ausdehnung in den westlichen Militärbezirk haben die Bedeutung des „strategischen belarussischen Balkons“ für die Sicherheit Russlands verringert. Moskau hat den Transport von Gas und Öl in die EU weiter diversifiziert, was den Einfluss von Minsk als Transitland verringert. Schließlich macht die Politik der Importsubstitution (als Reaktion auf westliche Wirtschaftssanktionen) das Land weniger interessiert an supranationalen Institutionen wie der Eurasischen Wirtschaftskommission, die über wirtschaftliche Angelegenheiten entscheidet. All dies ermutigt Russland weiter, eine härtere Haltung gegenüber Belarus einzunehmen.

Minsk wird seinerseits keine neuen Verträge unterzeichnen, die entweder seine Souveränität einschränken, oder ungleiche Marktbedingungen schaffen. Belarus wird auch weiterhin eine neutrale Haltung zu regionalen Sicherheitsfragen beibehalten und versuchen, seine Handelsbeziehungen zu diversifizieren.

Die belarussisch-russischen Beziehungen steuern daher volatilen Zeiten entgegen. Schwierige Verhandlungen werden mitunter zu gegenseitigen Beschuldigungen und Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit führen. Insgesamt hängt die Zukunft der Beziehung davon ab, ob es Minsk und Moskau gelingt, ein für beide Seiten vorteilhaftes Bündnismodell in der neuen geopolitischen Realität zu finden.

Autor

Yauheni Preiherman, yauheni.belarus@gmail.com

Direktor des „Minsk Dialogue Council on International Relations“.

Hinweis: Für diesen Text ist nur der Autor verantwortlich. Er gibt nicht notwendigerweise die Meinung des German Economic Team Belarus wieder.

Herausgeber

Robert Kirchner

[Subscribe / unsubscribe newsletter](#)

German Economic Team Belarus

www.get-belarus.de

Das German Economic Team führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.



BE Berlin Economics GmbH | Schillerstraße 59 | 10627 Berlin
+49 30 / 20 61 34 64 - 0 | info@berlin-economics.com | [Impressum](#)